



HESSISCHER LANDTAG

11. 02. 2025

ASA

Antrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Hessen gegen Antiziganismus**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest: Sinti und Roma gehören seit mehr als 600 Jahren zu unserem Land. Der Hessische Landtag stellt außerdem fest, dass Hessen ein vielfältiges und internationales Land ist. Bei uns gibt es keinen Platz für Antiziganismus.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Aufklärung über die Geschichte der Sinti und Roma und über die Entstehung sowie die gesellschaftlichen Auswirkungen von Antiziganismus eine wichtige Aufgabe ist. Antiziganismus gibt es auch in Hessen und äußert sich in unterschiedlichen Formen, die von Ausgrenzung, Herabwürdigung bis hin zu physischer Gewalt gegen Angehörige von Sinti und Roma reichen.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die gestiegene Anzahl von Angriffen auf Sinti und Roma in Deutschland und in Hessen sehr besorgniserregend ist. Die drei getöteten Roma bei dem Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 sind dabei besonders in Erinnerung geblieben.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Rassismus nicht nur ein Phänomen der Rechts-extremisten ist, sondern sich in der Mitte der Gesellschaft findet und deshalb hier die gesellschaftliche Ächtung des Rassismus ansetzen muss. Wir messen dem Kampf gegen Diskriminierung besondere Bedeutung bei. Mit der Stärkung der Antidiskriminierungsstelle im Hessischen Sozialministerium durch die Benennung einer eigens hierfür eingesetzten Landesbeauftragten wurde ein wichtiges Zeichen gesetzt.
5. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Hessische Landesregierung den im Jahr 2017 geschlossenen Staatsvertrag mit dem Hessischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma 2022 neu unterzeichnet und damit um weitere zehn Jahre verlängert hat. Ziel des Vertrags ist es, die Kultur, Tradition und Sprache der nationalen Minderheit zu schützen und zu fördern. Im Rahmen des Staatsvertrags wird die finanzielle Förderung ab dem Jahr 2025 um 200.000 Euro erhöht. Insgesamt gehen dem Landesverband dann 500.000 Euro jährlich zu.
6. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung für Hessen als eines der ersten Länder in die Finanzierung der Meldestelle Antiziganismus MIA eingestiegen ist und fordert die Landesregierung dazu auf, die Meldestelle MIA und ihre wertvolle Arbeit weiterhin in dem bisherigen Umfang zu unterstützen und sich auf Bundesebene für eine dauerhafte Fortsetzung der anteiligen Förderung einzusetzen.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, im Abstand von zwei Jahren einen regelmäßigen Bericht über den Stand der Bekämpfung von Antiziganismus in Hessen vorzulegen und damit zeitnah zu beginnen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert